NRW info
BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland LV NRW

Heft 1/2014
1. Quartal
www.bund-nrw.de

BUND gegen Jagdzwang

Foto: D. Jansen

BUND-Aktion für jagdfreie Gebiete

Jagdzwang endlich beenden

Die gängige Ausübung der Jagd wird vom BUND seit langem kritisiert. Um ein Zeichen für ein Umdenken zu setzen, hat der BUND jetzt für seine verbandseigenen Grundstücke die jagdliche Befriedung beantragt.

Unter dem Motto „Freie Jagd für freie Bürger" demonstrierte die Jägerschaft vor dem Düsseldorfer Landtag gegen eine Reform des Jagdrechts.

Fotos: D. Jansen, St. Höft (unten)

Jagd ist ursprünglich eine der ältesten Nutzungsformen, allerdings ist sie heutzutage aber längst zu einem Hobby geworden. Wie auch immer man zu ihr steht: Der Eigentümer sollte entscheiden können, was in welcher Form auf seinem Grundstück geschieht. Doch bisher wurden selbst Tier- und Naturschutzvereine gezwungen, auf ihren Grundstücken Abschüsse und die mit der Jagd verbundenen Beeinträchtigungen zuzulassen. Das wollen wir mit der aktuellen BUND-Initiative ändern.

www.bund-nrw.de/jagd

Nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) im Sommer 2012 musste Deutschland sein Bundesjagdgesetz anpassen: Der noch aus Dritte-Reich-Zeiten verbliebene Jagdzwang wurde zumindest für natürliche Personen gelockert, aus ethischen Gründen können diese ihr Grundstück per Antrag an die untere Jagdbehörde des jeweiligen Kreises befrieden lassen. Für juristische Personen - hierzu zählen Vereine wie der BUND - wurde das EGMR-Urteil jedoch nicht ausdrücklich umgesetzt. Das bedeutet, dass der BUND die Tötung von Dachs oder Katze sowie die damit verbundenen Beeinträchtigungen auch nicht jagdbarer Arten und geschützter Biotope auf seinen Grundstücken weiterhin dulden soll. Und das, obwohl es gegen unsere satzungsgemäßen Ziele des Tier- und Naturschutzes und die Überzeugung unserer Vertreter verstößt. Schließlich haben wir unsere Flächen ja erworben, um sie gerade vor solchen negativen Einflüssen zu schützen.

Auch Tierarten, die auf der Roten Liste stehen, geschützt sind, oder für die es selbst nach dem Tierschutzgesetz keinen „vernünftigen Tötungsgrund" gibt, dürfen bisher auch auf BUND-Flächen abgeschossen werden. Als Beispiele seien die 129.000 Raben- und Nebelkrähen und die 2.800 Waldschnepfen genannt, die im Jagdjahr 2012/2013 allein in NRW – zumindest nach Auskunft der Jäger selbst - getötet worden sind.

Als Argument für Jagdzwang muss immer die Idee der Regulation herhalten: Reh und Wildschwein würden ohne Jagd forst- und landwirtschaftliche Schäden ausufern lassen, „Raubzeug" wie Fuchs und Marder würde sich ungebremst vermehren und Junghasen und -vögel auffressen. Tatsächlich steht aber die Angst der Jägerschaft um ihren Einfluss dahinter. Denn bei einer Vielzahl jagdfreier Flächen überall im Land würde für jeden sichtbar werden, dass Jagd zu keinerlei dauerhaften Regulation führen kann. Die Bestandsdichten von Säugetieren werden in erster Linie durch Nahrung, Raumgröße und -strukturen reguliert. So ist auch verständlich, warum Wölfe in Deutschland - obwohl Reh und Schwein zur Hauptnahrung gehören - die Bestandsdichte ihrer Beutetiere nicht nennenswert beeinflussen, sondern umgekehrt.

Deutschland wird außerhalb der Siedlungsbereiche seit Jahrzehnten nahezu flächendeckend bejagt, die Bestände von Paarhufern haben sich aber seit den 1950er Jahren ungefähr vervierfacht. Denn den Ausfall von einzelnen Tieren oder gar Teilpopulationen können Hirsch und Co. kurzfristig ausgleichen. Die Hege der Jäger - beispielsweise ütterungen aller Art - macht es ihnen zusätzlich einfach.

Mit der für 2014 anstehenden Novelle des Landesjagdgesetzes besteht die Möglichkeit, wesentliche Verbesserungen für Tier- und Naturschutz, aber auch für die grundgesetzlich geschützten Eigentumsrechte zu erzielen. Die rot-grüne Landesregierung wird sich auch daran messen lassen müssen, ob sie mit dem Jagdzwang ein längst überholtes Relikt aus hoffentlich nie wiederkehrenden Zeiten endlich Geschichte werden lässt.

Holger Sticht

... ist der Vorsitzende des BUND in Nordrhein-Westfalen

Gerichtsstreit endet mit Vergleich

Mehr Vogelschutz am Drachenfels

Die juristische Auseinandersetzung um den umstrittenen Bau eines Restaurants auf dem Drachenfelsplateau endete mit einem Vergleich.

Im August 2012 hatte das Verwaltungsgericht Köln der Klage des BUND stattgegeben und den Bescheid des Rhein-Sieg-Kreises zur Befreiung der Bauherrin des neuen Glaskubus von den Verboten des Naturschutzrechts aufgehoben. Der Kreis reichte daraufhin einen Antrag auf Zulassung der Berufung ein.

Der BUND hatte erfolgreich gerügt, dass die Fassadengestaltung und das Lichtkonzept für den geplanten Glaskubus nicht den rechtlichen Anforderungen zum Naturschutz im FFH-Gebiet Siebengebirge genügten. So brüten unter anderem Wanderfalke und Zippammer unmittelbar unterhalb des Drachenfels-Plateaus. Zwar war in dem neuen Glaskubus ein vermeintliches „Vogelschutzglas“ mit für Menschen unsichtbarem UV-Muster verbaut worden, um den Vogelanflug zu mindern. Doch die Wirksamkeit dieses Glases ist außerordentlich fraglich und in Fachkreisen umstritten.

Nun hatte das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) über die Berufungszulassung des Kreises zu entscheiden. Vor diesem Hintergrund regte das Gericht Anfang Januar 2014 einen Vergleich an. Das Gericht sah vor allem die Gefahr, dass ein Urteil des OVG die Genehmigungsbasis der gesamten Drachenfelsbebauung gefährden könne. Diese Wirkung wäre aber im Rechtsstreit um den konkreten Vogelschutz am Kubus unter Umständen unverhältnismäßig gewesen. Es war daher offen, wie das OVG den Konflikt lösen würde.

Da in der Sache der geforderte Vogelschutz am Glaskubus in Form von Vogelschutzstreifen auf den Glasfronten erreicht war und auch positive Einzelregelungen zum Lichtkonzept verbindlich abgesichert werden konnten, entschloss sich der BUND, einem Vergleich zuzustimmen.

"Wir haben das erreicht, was wir wollten und haben dazu auch einen einklagbaren Rechtstitel in der Hand“, sagte Achim Baumgartner, Sprecher der Kreisgruppe Rhein-Sieg. „Wir verbinden mit dieser Lösung allerdings die Erwartung, dass im Siebengebirge die Konflikte in gemeinsamer Anstrengung angegangen und gelöst werden und nicht wie bisher am Naturschutz vorbei.“ Für befremdlich hält BUND-Aktivist Baumgartner den Umstand, dass Naturschutz von Naturschutzbehörden erst gerichtlich eingefordert werden müsse.

Der erzielte Vergleich ist aber auch ein Signal, dass der BUND immer für konstruktive Lösungen im Sinne des Naturschutzes streitet und Klagen nicht um des Klagens Willen geführt werden. *(hs)*

ⓘ www.bund-rsk.de

Achim Baumgartner vom BUND im Rhein-Sieg-Kreis erkämpfte Vogelschutzmaßnahmen am umstrittenen Glaskubus auf dem Drachenfels. Fotos: A. Baumgartner, privat

Editorial

Foto: St. Holt

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Mai 1999 informiert der BUND in Nordrhein-Westfalen alle seine Mitglieder über das vierteljährlich als Einhefter im BUNDmagazin publizierte NRWinfo. 15 Jahre und 59 Ausgaben später erscheinen wir nun erstmals in vierfarbiger Aufmachung. Manchen mag das angesichts knapper Gelder für konkrete Natur- und Umweltschutzprojekte verschwenderisch vorkommen. Der BUND-Landesvorstand hält dies aber für einen zeitgemäßen Weg, noch besser über unsere Erfolge berichten zu können. „Tue Gutes - und rede darüber“- nach diesem Motto hoffen wir, unsere Mitglieder zukünftig noch attraktiver informieren zu können.

Die vorliegende Ausgabe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Naturschutz. Nicht ohne Anlass, denn der unlängst von Naturschutzminister Johannes Remmel vorgelegte *Umweltbericht 2013* hat die Defizite schonungslos offen gelegt. Unser Naturerbe ist in Gefahr, 45 Prozent der heimischen Arten sind gefährdet, vom Aussterben bedroht oder ausgestorben. Trotzdem ist eine konsistente Biodiversitäts-Strategie noch nicht erkennbar. Wichtige Vorhaben wie die Novelle des Landesnaturschutz- oder des Landesjagdgesetzes stecken noch im Reformstau.

Handeln tut not! Mit unserer Arbeit wollen wir mithelfen, den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen wieder in den Fokus der Politik zu rücken. Dabei hoffen wir auf Ihre Unterstützung!

Herzlichst, Ihr

Dirk Jansen, Geschäftsleiter
dirk.jansen@bund.net

Christine Thiel (links) erklärt das Telemetrie-Verfahren zur Orten der besenderten Wildkatzen.

Fotos: R. Hermes, Th. Stephan

BUND-Projekt bildet BotschafterInnen aus

Den Eifeler Wildkatzen auf der Spur

Bis zu 3.000 der scheuen Wildkatzen streifen durch die Eifel. Das BUND-Projekt „Wildkatzensprung“ hat zum Ziel, den Lebensraum des „Eifeltigers“ rund um den Nationalpark Eifel zu optimieren und für den Schutz des scheuen Jägers zu werben. Dazu wurden jetzt die ersten 20 WildkatzenbotschafterInnen ausgebildet.

Unter der Leitung der BUND-Fachfrauen Christine Thiel und Andrea Andersen konnten die Teilnehmenden ihr Wissen über die Ökologie der Wildkatze vertiefen und grundlegende Konfliktvermeidungsstrategien kennenlernen. Unterstützt wurden sie dabei von dem renommierten Eifeler Experten Manfred Trinzen.

Die Wildkatzenbotschafter vereint deren Liebe zur Natur. Neben Natur- und Nationalparkführern zeigten sich auch Lehrer, Umweltplaner und die Jägerschaft begierig, mehr über die Wildkatze zu lernen.

Ziel des Seminars war es nicht zuletzt, ein lokales Netzwerk von Wildkatzenkennern zu etablieren. So wurden die BotschafterInnen mit dem Wissen ausgestattet, wie man der Wildkatze ganz konkret helfen kann. Dies kann zum Beispiel durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu den Bedürfnissen der Wildkatze geschehen. Die Wildkatzenbotschafter dienen aber auch vor Ort als direkte Ansprechpartner bei möglichen Konflikten.

Der Vermittlung zwischen den verschiedenen Nutzergruppen kommt dabei große Bedeutung zu. Die Seminar-Teilnehmenden lernten die Argumente der verschiedenen Parteien wie etwa Förster, Jäger oder Freizeitsportler kennen und erarbeiteten gemeinsame Lösungen.

Zum Programm gehörte auch eine Exkursion unter der Leitung des Förster Markus Wunsch. Dieser erzählte der Gruppe seine Sichtweise auf die Wildkatze sowie zu den Konfliktpunkten zwischen wirtschaftlichen Forstzielen und dem geforderten Naturschutz, die sich seiner Meinung nach ohne Weiteres lösen ließen.

Obwohl viele der neuen BotschafterInnen bisher noch keine Wildkatze in freier Natur zu Gesicht bekamen, verfügen sie jetzt über das notwendige Rüstzeug, den seltenen „Eifeltiger“ besser zu schützen.

Kontakt: Dr. Christine Thiel, BUND-Projekt„Wildkatzensprung“, cathiel@freenet.de; www.bund-nrw.de/wildkatze

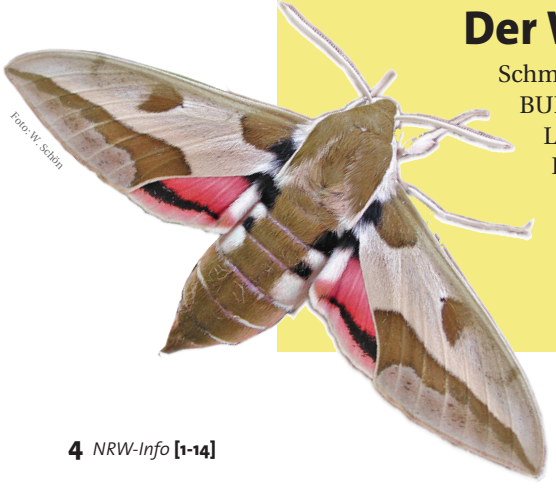

Foto: W. Schön

Schmetterling des Jahres 2014:

Der Wolfsmilchschwärmer

Schmetterling des Jahres 2014 ist der Wolfsmilchschwärmer (Hyles euphorbiae). Die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen machen damit auf den starken Rückgang des Falters aufmerksam. Kam er in den 1960er Jahren hierzulande häufig vor, ist er mittlerweile aus vielen Regionen verschwunden. Ursache dafür ist der Verlust nährstoffarmer, trockener und warmer Standorte, auf denen die Zypressen-Wolfsmilch, die Nahrungspflanze der Raupen, in größeren Mengen wächst.

www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de

Fehlentwicklungen trüben Feierlaune

Kahlschlag im Nationalpark

Am 1. Januar wurde der erste und bislang einzige Nationalpark Nordrhein-Westfalens 10 Jahre alt. Im August sollen die entsprechenden Feierlichkeiten stattfinden. Doch in Feierlaune ist derzeit kaum jemand.

Schon Mitte Dezember kritisierte der BUND anlässlich des Besuchs von Umweltminister Remmel im Nationalparktor Nideggen, dass in der Eifel bislang viele Chancen vertan wurden. Eine nahezu flächendeckende Jagd, Aufforstungen, Ausräumung von großflächigen Kahlschlägen und ein stellenweise unangepasster Wegebau widersprechen der Nationalpark-Idee und dem gesetzlichen Auftrag, natürliche Dynamik zu ermöglichen.

Nachträglich zum Geburtstag rüttelte ein Bericht des ARD-Magazins Plusminus die Nationalpark-Landschaft noch einmal ordentlich auf: Ein 8,2 Hektar großer Fichten-Kahlschlag vom Spätsommer/Herbst 2013 stünde in kausalem Zusammenhang zu den skandalösen Holz-Lieferverträgen mit der Firma Klausner der schwarz-gelben Vorgänger-Regierung.

Das Umweltministerium dementierte und verwies auf die wissenschaftlichen sowie naturschützerischen Beweggründe. Doch leider passt dieser Fall in die ernüchternde Zwischenbilanz dieses Nationalparks - oder besser gesagt, des Nationalpark-Forstamts.

Der Rückbau forstwirtschaftlicher Altlasten wie Fichtenforsten zählt längst zum Alltagsgeschäft des Naturschutzes. Die Entnahme monotoner Plantagen initiiert oft erst eine Entwicklung von Waldökosystemen. Doch sich eine solche Maßnahme in einem Nationalpark, in der Größenordnung von 11 zusammenhängenden Fußballfeldern zu genehmigen, und dann noch zur Hälfte wieder aufzuforsten, ist ein klassischer Fall von Mismanagement. Auch wenn dem derzeit gültigen Nationalparkplan nicht widersprochen wurde und sich zumindest die nicht bepflanzte Kahlschlagsfläche sehr schnell positiv entwickeln wird, konterkariert diese Aktion jegliche Nationalparkbemühungen und schadet der Außendarstellung des Projekts.

Der BUND-Forderung, das Nationalparkamt aus dem Landesbetrieb Wald und Holz auszugliedern, wurde einmal mehr Nahrung gegeben. Auch die Überarbeitung des von Anfang an mangelhaften Nationalparkplans ist mehr als überfällig. Einiges ist nach-zuarbeiten und Vieles zu lassen, damit es beim nächsten Jubiläum wirklich etwas zu feiern gibt. *(hs)*

Fotos: V. Hoffmann, D. Jansen

www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz

Dokumentation des Behördenversagens

Schwarzbuch listet Artenschutzverstöße auf

Der BUND hat jetzt ein umfassendes Schwarzbuch vorgelegt, in dem 17 Fälle mit Artenschutzverstößen am Beispiel des Rhein-Sieg-Kreises dokumentiert werden. Die in dem von der Stiftung für Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE) geförderten Projekt zusammengestellten Fälle zeigen in erschreckender Weise, wie verheerend die Vollzugsdefizite im Arten- und Naturschutz sind. Ob beim Brückenbau, der Erschließung von Gewerbegebieten oder dem Bau von Hochspannungsfreileitungen - überall beobachteten die Experten des BUND weitgehend ungeahndete Verstöße gegen das Arten- und Naturschutzrecht. Opfer davon sind Schwarzstorch, Kreuzkröte, Rebhuhn und Co.

„Die rechtlichen Schutzvorgaben werden häufig bis zur Unwirksamkeit missachtet“, konstatiert der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. „Die enormen Vollzugsdefizite konterkarieren unsere Verpflichtungen zum Schutz der Biodiversität.“

Auch die Situation in den anderen Kreisen unseres Landes sei besorgniserregend.

„Im Ergebnis zeigt sich, dass häufig noch nicht einmal die Mindeststandards des Artenschutz eingehalten werden“, kritisiert Schwarzbuch-Autor Achim Baumgartner. Es könne nicht angehen, dass geltende Rechtsnormen je nach Bedarf einfach in Frage gestellt würden.

Das 40-seitige „Schwarzbuch Artenschutz“ als Download: www.bund-rsk.de/files/schwarzbuch_artenschutz.pdf

Die einst struktureiche „Münsterländer Parklandschaft“ wird zunehmend durch Maismonokulturen verdrängt. Foto: M. Harengerd

Kahlschlag bei Bereichen zum Schutz der Natur

Gilt das Landesplanungsgesetz auch im Münsterland?

In den Region Nordrhein-Westfalens gibt es viele- nicht selten einander widersprechende - Interessen und Nutzungen. Freiräume sollen erhalten, Flächen für Wohnen und Arbeiten geschaffen und Infrastruktur (aus)gebaut werden. Aufgabe der Regionalplanung ist es, diese Ansprüche verantwortlich miteinander zu koordinieren und entsprechende Regionalpläne aufzustellen. Diese befinden sich derzeit in Überarbeitung, so zum Beispiel auch im Regierungsbezirk Münster.

Nach dem Landesplanungsgesetz müssen auf der Ebene der Regionalplanung auch die erforderlichen Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege räumlich konkretisiert werden. Die Hausspitze der Bezirksregierung Münster und die CDU/FDP/SPD-Mehrheit im Regio-nalrat Münster haben das am 16. Dezember 2013 bei der Verabschiedung des neuen Regionalplans Münsterland ganz anders gesehen. Nachdem zur ersten Erörterung des Entwurfes 2012 noch die meisten Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) in Fortschreibung des alten Gebietsentwicklungsplans enthalten waren, gab es anschließend einen beispiellosen Kahlschlag, der sogar eine erneute Offenlegung im April/Mai 2013 erforderlich machte, bei der zu rund 800 BSN (!) kein Meinungsausgleich erzielt werden konnte.

Foto: St. Höft

Folgendes war geschehen: Der erste Regionalplanentwurf hatte noch 971 km² BSN vorgesehen, rund 10 Prozent mehr als der alte Plan. Das war auch dringend erforderlich, weil sich herausgestellt hatte, dass seit dem Jahr 2000 knapp 500 km² Grünland „verlorengegangen“ waren, während gleichzeitig das Ackerland (wohl nahezu ausschließlich Mais) um knapp 420 km² zugenommen hatte. Um den Gestaltungsspielraum beim Kampf gegen die zunehmende ökologische Verödung der Agrarlandschaft noch weiter einzuschränken, wurden dann von der Bezirksregierung Münster im zweiten Entwurf 143 km² geplante BSN wieder gestrichen. Dabei wurde sorgfältig darauf geachtet, dass auch kleinste Ackerflächen aus der BSN-Planung entfernt wurden, obwohl ein Regionalplan normalerweise gar nicht so flächenscharf arbeitet und die „ordnungsgemäße“ landwirtschaftliche Bodennutzung überhaupt nicht tangiert.

Das war also reine Klientelpolitik.

Mit diesem Vorgehen wird eine ökologische Wiederanreicherung der Agrarlandschaft außerhalb der BSN-Bereiche - also vor allem im Ackerland - unmöglich gemacht. Der Entwicklungsaspekt eines Landschaftsrahmenplanes ist in der Agrarlandschaft des Münsterlandes ebenso aufgegeben worden, wie die Absicht der Landesregierung, das Artensterben aufzuhalten. Besteht der Plan die rechtliche Prüfung durch die Staatskanzlei, wird genau das Gegenteil erreicht: Die wenigen bisher noch verbliebenen Feldlerchen und Kiebitze werden bald verstummt sein und selbst die Jäger werden möglicherweise irgendwann begreifen, wer für den geradezu dramatischen Rückgang von Fasan und Hase verantwortlich ist.

Michael Harengerd

... ist Sprecher der Naturschutzverbände im Regionalrat Münster

Erarbeitung des neuen Landesentwicklungsplans (LEP NRW)

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat am 25. Juni 2013 beschlossen, einen neuen Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) zu erarbeiten. Der LEP dient der Flächenvorsorge für zukünftige Herausforderungen. Dies betrifft so unterschiedliche Themen wie vorbeugenden Hochwasserschutz, Siedlungsentwicklung, Klimaschutz, erneuerbare Energien, Gewerbe- und Industriestandorte, Landwirtschaft und Naturschutz. Zu dem Entwurf des neuen LEP NRW wird bis zum 28. Februar 2014 die Öffentlichkeit beteiligt. Alle BürgerInnen können die Planunterlagen online oder bei den bei den Planungsbehörden einsehen und Stellung nehmen. Auch der BUND erarbeitet derzeit gemeinsam mit der LNU und dem NABU eine umfassende Stellungnahme. Diese wird vom Landesbüro der Naturschutzverbände koordiniert. Mehr: www.lb-naturschutz-nrw.de

Viele gute Gründe...

Bundesfreiwilligendienst im BUND NRW

Seit dem Jahr 2012 besteht beim BUND in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, sich im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) für eine bestimmte Zeit zu engagieren. Ob 6, 12 oder 18 Monate, ob Teilzeit oder Vollzeit: Neben dem Einsatz für unsere Umwelt bietet er vielen die Chance, neue persönliche und berufliche Erfahrungen zu sammeln, sich neu zu orientieren, Überbrückungszeiten zum Beispiel vor dem Studium sinnstiftend zu nutzen oder nach der Mutterpause wieder langsam in einen berufsähnlichen Rhythmus einzusteigen. Dies alles ist in der BUND-Landesgeschäftsstelle, der BUNDjugend-Geschäftsstelle und bei einigen BUND-Gruppen vor Ort möglich.

Was sind die ersten Eindrücke und Erfahrungen unserer ‚Bufdis'? Ralf Bilke, der aus der Landesgeschäftsstelle heraus die zahlreichen BUND-Gruppen im Lande unterstützt und betreut, fragte bei zwei von ihnen nach:

Julian Deitmann-Coutinho, 22 Jahre
Bundesfreiwilliger bei der BUND-Kreisgruppe Steinfurt seit September 2013

Wie kamst Du zu diesem Job? Was war Deine Motivation?

Ich verspürte schon lange den Reiz, etwas aktiv zu tun und mit zu gestalten. Mein Biologie-Studium empfand ich als langweilig und demotivierend, und so suchte ich nach den vielen Jahren auf der Lernbank einfach mal etwas ganz anderes, auch um mich neu zu orientieren. Der Bundesfreiwilligendienst und gerade der BUND mit seinen vielschichtigen Aufgaben hat sich da angeboten.

Was tust Du konkret?

Ich bin hauptsächlich an Schulen aktiv und unterstütze dort den Unterricht bei Themen wie zum Beispiel Windenergie, Ökologie oder auch einfachem Umweltschutz. Bald wird dies durch eigene BUND-Angebote wie das ‚Naturtagebuch' oder die ‚Umweltagenten' ergänzt und ich kann mit den Schülern auch rausgehen. Außerdem pflege ich die Internetseite der BUND-Kreisgruppe Steinfurt und übernehme in Koproduktion mit dem BUND-Vorstand kleinere Dokumentationen und Planungsaufgaben. Dazu kommen unregelmäßig noch einige andere Aufgaben.

Was sind Deine bisherigen Erfahrungen?

Ich lerne viel Neues kennen. So habe ich nun einen ersten Einblick in das tägliche Geschehen eines Verbandes bekommen und das viele Engagement, das dahinter steckt, realisiert. Das alles ist wie eine kleine neue Welt. Durch die Seminare, an denen ich im Rahmen des BFD teilnehme, erhalte ich auch ständig neue Kompetenzen; teilweise lernt man sich durch den Job selber auch noch etwas besser kennen.

Ursula Härtling, 42 Jahre
Bundesfreiwillige bei der BUND-Kreisgruppe Köln seit Mai 2013

Was reizt Dich an der Arbeit als Bundesfreiwillige beim BUND Köln?

Durch die Arbeit für den BUND kann ich mir neues Wissen im Bereich Umwelt- und Naturschutz aneignen. Das ergänzt gut meine Qualifikationen als Kulturredakteurin, denn es ergeben sich viele Schnittstellen, zum Beispiel in der Stadtteilarbeit. Dabei geben mir die Projekte der BUND-Kreisgruppe ganz nebenbei auch die Möglichkeit, Köln als Stadt noch einmal neu zu entdecken.

Wie sieht Dein BUND-Alltag aus?

Ich organisiere im BUND-Büro das Tagesgeschäft mit Korrespondenz, Telefon und Mitgliederbetreuung. Weiterhin bereite ich zusammen mit den Arbeitskreisen konkrete Aktionen und Projekte vor und unterstütze die Pressearbeit für unsere vielen BUND-Veranstaltungen in Köln.

Was ist nach mehr als einem halben Jahr Deine Zwischenbilanz?

Es gelingt mir gut, meine Erfahrungen aus dem Kulturbereich auf das Arbeitsfeld Natur- und Umweltschutz zu übertragen. Für das ehrenamtliche Engagement habe ich festgestellt: Es ist wichtig, jeden Tag auf's Neue nach pragmatischen Lösungen zu suchen und Kompromisse schließen - damit Ziele auch verwirklicht werden können.

Infos rund um den Bundesfreiwilligendienst im BUND gibt es unter http://www.bund-nrw.de/ueber_uns/jobs/

BFD
Der Bundesfreiwilligendienst
Zeit, das Richtige zu tun.

Braunkohlentagebau Garzweiler II

BUND setzt sich mit Verfassungsbeschwerde durch

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge verließen die Beschwerdeführer Ende Dezember den Verhandlungssaal des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Zwar hatte sich der BUND mit seiner Beschwerde gegen die Zwangsenteignung seiner Obstwiese im Tagebau Garzweiler durchgesetzt und damit einen großen Erfolg zur Stärkung des Rechtsschutzes in künftigen Verfahren erwirkt. Doch die Beschwerde gegen die bergrechtliche Zulassung des Tagebaus von Stephan Pütz aus Erkelenz-Immerath wurde mit 3 zu 5 Richterstimmen abgelehnt; RWE darf also vorerst weiterbaggern.

Foto: BUND

Jetzt ist die Landesregierung am Zuge. Der BUND erwartet, dass angesichts der anstehenden Entscheidung über den nächsten geplanten Umsiedlungsabschnitt im Tagebau Garzweiler eine Entscheidung für Mensch und Umwelt getroffen wird. Etwa 1.600 Menschen in fünf Ortschaften sollen demnächst den Baggern weichen. Längst überfällig ist auch die generelle Überprüfung der zum Teil noch aus den 1970er-Jahren stammenden Braunkohlenpläne. Die NRW-Klimaschutzziele können nur erreicht werden, wenn die Abbaugrenzen zurück genommen werden und der mittelfristige Ausstieg aud dem „Klimakiller Nr. 1“ eingeleitet wird.

www.bund-nrw.de/garzweiler

Werbung für veganes Essen

BUNDjugend im Landtag

Foto: BUNDjugend

Der Landtag isst vegan: am 24. Januar fand im Düsseldorfer Landtag der Kongress „jungdenken - jetzt!“ statt, initiiert vom Landesjugendring NRW. Auch die BUNDjugend NRW nahm am Kongress mit drei Delegierten teil, die den Stand und die weitere Umsetzung eigenständiger Jugendpolitik in NRW mitdiskutierten. Zusätzlich beteiligten sich am Kongress weitere Aktive an einem Essensstand im Landtags-Foyer. Angeboten wurden Schnittchen mit veganen Aufstrichen, die reißenden Absatz fanden. „Vielfalt statt Verzicht!“ war das Motto, das dem ein oder anderen Abgeordneten mit auf den Weg gegeben wurde. Flyer mit leckeren und preiswerten Rezeptalternativen - garantiert ohne Massentierhaltung - gab es gratis dazu.

Die BUNDjugend NRW macht sich mit ihrem Ernährungsprojekt „ESSEN MACHT...“ stark für nachhaltigen Lebensmittelkonsum. Dazu finden Workshops, Seminare und Aktionen in ganz NRW statt. Mehr Infos dazu unter www.essen-macht-mehr.de.

+++ kurz und bund +++ **BUND-Veranstaltungsprogramm 2014:** In 2014 bietet der BUND wieder ein vielfältiges Fortbildungs-Programm an. Ob Gewässerschutz, Fledermausschutz, Energiepolitik oder Umweltbildung: Etwa 30 Seminare, Tagungen und Workshops haben wir im Angebot. So können zum Beispiel Umweltbildungs-Einsteiger in der „Kindergruppenleiterschulung“ oder in der „Werkstatt praktische Umweltbildung“ Basiswissen erlangen, Erfahrene sich zu Wildbienen oder Neuen Medien weiterbilden. Wer in einer Exkursion „Irrwege der Landwirtschaft“ aufzeigen will, findet ebenso das richtige Angebot. Sämtliche Fortbildungen und Unterstützungsangebote unter www.bund-nrw.de/termine oder www.bund-nrw.de/bildungsoffensive. +++ **Vorankündigung LDV 2014:** Die nächste Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW findet am Sonntag, den 18. Mai 2014 in Dinslaken statt. Die vorläufige Tagesordnung sieht den Rechenschaftsbericht des Vorstands, Berichte, Finanzen, Wahlen und Anträge vor. +++ **Besuchen Sie uns auf Facebook: www.facebook.com/bund.**

IMPRESSUM: Das **NRW***info* wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.** ◆ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ◆ **V.i.S.d.P.:** Holger Sticht, Landesvorsitzender ◆ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ◆ **Mitarbeit an dieser Ausgabe:** Ralf Bilke (*rb*), Vroni Burgmayer, Holger Sticht (*hs*) Dr. Christine Thiel◆ **Auflage:** 18.300 ◆ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ◆ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, Bank für Sozialwirtschaft, Köln; Bankencode: BFS WDE 33 xxx, Konto: DE 10 370 205 00 000 8204600 ◆ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ◆ Das **NRW***info* erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.03.2014 ◆ © BUND NRW, Februar 2014
(Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.)